

der u-asta



protestiert



S III SPARKASSE FREIBURG - NÖRDLICHER BRUNNEN	
Konto-Nr. (27 Stellen)	
TREUHANDKONTO	
Die Durchschrift ist für Ihre Unterlagen bestimmt.	
Kontokennzahl: 605 105 01	
Bitte immer ausfüllen	
Währung	Summe
EUR	VIERZIG
Kunden-Patenenzustimmter - auch Vereinstungsgerecht, ggf. Name und Vorname des Guthabehalters - nur für Empfänger	
BOYKOTT	
Kontoinhaber: Name, Vorname/Platz (max. 27 Stellen, keine Stellen oder Postleitzahlen)	
Kasse d. Studierenden e.V.	
Karte-Nr. des Kontoinhabers	20
2143745	

Siehe NICHT VERGESSEN:
 Datum/Unterschrift

4.6.2003 E. Reikidokubekel



editorial

L. L. u. L.,

die Boykottaktion des u-asta „nicht mit uns!“ ist in vollem Gange. Seit letzten Montag stehen die Boykottbatrometer in den Mensen Hochallee und Instituts-viertel. Außerdem liefen während der letzten Woche wieder viele Aktionen, z. B. der sehr leckere Gebührencocktail-ausschank der jusos im Kontakthof. Grund genug für uns, den Schwerpunkt dieser Ausgabe rund um das Thema Studierendenproteste anzusiedeln. Nicht nur in Freiburg protestieren Studierende, auch in der iranischen Hauptstadt Teheran gehen die StudentInnen auf die Straße, wie uns Jonathan zu berichten weiß (S. 3-5). Poitr Charms andererseits macht sich Gedanken zu unseren hiesigen Problemen und legt dar, warum man gegen Studiengebühren protestieren sollte (S. 6). Dass wenigstens die Grünen, was Gebühren angeht, noch auf unserer Seite sind erklärt uns Theresia Bauer im Interview mit Johannes (S. 7). Auch im „we are u“ steht heute der Protest im Mittelpunkt. Die FS Anthro möchte gegen die miserablen Studienbedingungen protestieren (S. 10), es werden mögliche Protestfolgen des Boykotts aufgezeichnet (S. 9) und „BaWü ist doof“ widmet sich einer, in eben diesem Zusammenhang geäußerten, Aussage des lieben Herrn Frankenstein, verzeihung, -berg. Und für die Protestpausen gibt's auch noch was: Stud.live über die Freuden eines Fahrradschloßbesitzers (S. 2), eine kleine Kurzgeschichte zum alten Problem der Ungleichheit (S. 8) und wenn dann immer noch viel Zeit ist, könnt Ihr ja mit dem Umweltreferat auf Exkursion gehen (S. 11) ... oder auch uns mal einen Leserbrief schreiben.

Viel Spaß beim Lesen und schon mal die Ferien planen wünschen Euch,

JONATHAN UND MICH

inhalte

schwerpunkt

Ein kleines bisschen Revolution (S. 3-5): Jonathan vergleicht studentische Protestformen früher und heute, da und dort.

Vwewaltungsgebühren – ein Widerspruch zum Grundrecht auf Bildung (s. 6): Poitr stellt klar, weshalb jegliche Form von Studiengebühren unsozial ist.

Abzocke der Studierenden (S. 7): Johannes im Gespräch mit Theresia Bauer, der hochschulpolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag, zum Thema Verwaltungskostenbeitrag.

kurzgeschichte

Die Tragödie von Allem und Nichts (S.8): Eine kurze Geschichte Martin zu einem altbekannten Thema.

we are u

Warum das Land nicht einfach 22.000 Studis exmatrikuliert (S. 9): Eine kleine Information über die politischen Chancen und die Risikominimierung beim Verwaltungskostenbeitragsboykott.

Anthropologie auf der Straße (S. 10): Die FS Anthro ruft zu einer Kundgebung für bessere Studienbedingungen auf.

BaWü ist doof (S. 10): Teil sieben und regelmäßig frisches Futter aus Stuttgart. Heute: Was Frankenberg vom Solidar-pakt hält.

Auf der Such nach dem Grünen Punkt (S. 11): Das Umweltreferat lädt Euch zu einer Exkursion ein.

stud.live

summer in the city

Ach, ist das nicht schön? Es ist Sommer, und man merkt's. Die Tage werden länger (o.k., wurden), die Nächte schwüler, die Röcke kürzer und die durchschnittliche Lebensdauer –

oder sollte man besser sagen: Haltungsdauer – von Fahrrädern kürzer. Warum ich Euch das erzähle?

Nun, bis vor kurzem war ich stolzer Besitzer eines runtergekommenen, ca. 10 Jahre alten, des Öfteren angemalten Fahrrades, dessen einzig voll funktionsfähiges Teil die Klingel war.

Und ich dachte, es würde niemals jemand auf die Idee kommen, dieses klauen zu wollen. Und dann, kaum dass man einen Platten hat, findet man morgens am Fahrradständer nur noch das durchgebissene Schloss wieder.

Und das Mitte Mai. Kurz danach habe ich in Tantchens Keller ein Rad entdeckt, welches ungefähr so alt war wie ich. Es fühlte sich vier Tage lang ungesichert vor der Haustür wohl. Am fünften Tag hat es ein Schloss bekommen und ist daraufhin weg gelaufen.

Und dabei hat es den Artgerechtheitstest mit „sehr gut“ gemeistert. Schön, aber zum Glück ist meine Verwandtschaft ziemlich groß und größtenteils nicht mehr fit genug zum Fahrrad fahren. Das Alter meines neuen Fahrbaren Untersatzes hat sich ein weiteres mal mehr als verdoppelt – aber das Vorderlicht funktioniert und das weckt in mir schon wieder die schlimmsten Befürchtungen.

Eins möchte ich Euch noch bitten: Falls Ihr irgendwann mitten in der Nacht ein Rad zum nach Hause kommen braucht – auch falls Ihr zufällig einen Bolzenschneider dabei habt – fragt doch einfach die/den BesitzerIn – oder lasst ihr/ihm wenigstens einen Zettel da.

MICHAEL EGGERT

[MICHAEL IST PRESSEREFERENT UND SEIN BEVORZUGTES FREIBURGFOtBEWEGUNGS-MITTEL WAR, IST UND BLEIBT DAS FAHRRAD. AUCH WENN SEIN FAHRRADSCHLOSS INZWISCHEN MEHR WERT IST ALS SEIN RAD.]

ein kleines bisschen revolution

studierendenproteste im internationalen vergleich

Wenn Studierenden hierzulande mal wieder gegen Studiengebühren protestieren, drohen sie den Machthabenden gerne einmal mit einem „heissen Herbst“. Momentan erleben bestimmte Machthaber einen ausgespro-



studentenprotest im iran

chen heissen Sommer, und das nicht nur in meteorologischem Sinn. Es sind beidenswerte Szenen, die seit kurzer Zeit immer wieder in den verschiedenen Medien auftauchen: Junge Menschen bevölkern zu Tausenden die Innenstadt, halten Mahnwachen, veranstalten Kundgebungen, viele BürgelInnen solidarisieren sich mit ihnen und versperren den Sicherheitskräften mit Autos die Zufahrtstraßen. Es sind demonstrierende StudentInnen. Die künftige intellektuelle Elite eines Staates versammelt sich, um gemeinsam gegen die Mächtigen im Staat und deren Politik zu protestieren.

Diese Bilder kommen jedoch nicht etwa aus Berlin, Frankfurt oder Freiburg, sondern aus Teheran, der Hauptstadt der Islamischen Republik Iran. Dort haben sich die StudentInnen reorganisiert und unternehmen einen erneuten Anlauf, um für Reformen zu kämpfen. Schon 1999, zum 20. Jahrestag der islamischen Revolution gingen die StudentInnen in großer Zahl auf die Straße und machten ihrer

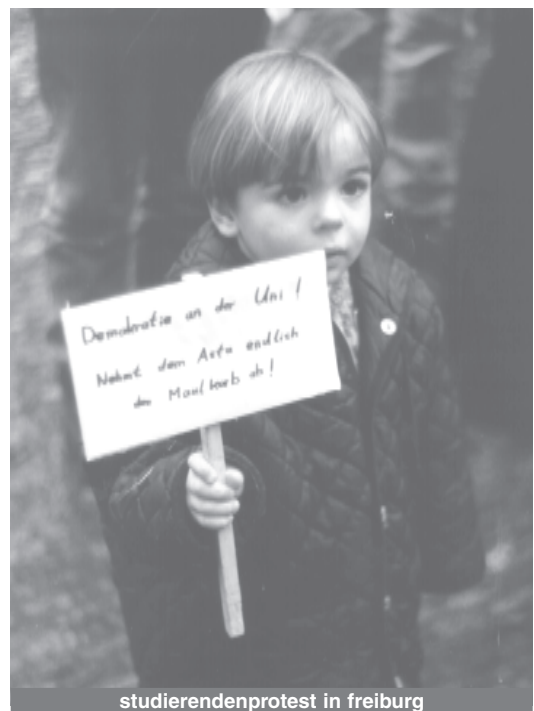
Enttäuschung über den fundamentalistischen Gottesstaat Luft, doch die Aufstände wurden damals von den Mullahs blutig niedergeschlagen. Auch 1979 waren es die StudentInnen, die eine tragende Rolle beim Sturz des Schahs von Persien spielten, und die die islamische Revolution des Ajatollah Ruhollah Chomeini unterstützten. Studentenproteste haben also eine Tradition im Iran. Hier noch mal ein kurzer Überblick über die jüngste Geschichte des Landes:

Die erste bürgerliche Revolution erlebte das Land 1905, nachdem das Land im 19. Jahrhundert von den Großmächten England und Russland kontrolliert worden war. Es folgte eine konstitutionelle Monarchie, die neue Verfassung sah

auch ein Parlament vor. Im Jahr 1921 putschte sich der Kosakenführer Resa Chan mit Hilfe der Kolonialmacht Großbritannien an die Macht und ließ sich 1925 zum Schah von Persien ausrufen. Seine Herrschaft war von Unterdrückung, Willkür, Folter und Zensur geprägt. 1941 musste er auf Druck der Alliierten zu Gunsten seines Sohnes Mohammed Resa abdanken und demokratische Reformen zulassen. Als Premier Mohammed Mossadegh 1953 das Erdöl verstaatlichen wollte, hatte er die Rechnung ohne die USA gemacht. Auch er fiel einem von der CIA unterstützten Putsch Mohammed Resas zum Opfer. Resa war wieder Alleinherrscher und regierte mit eiserner Hand. In den

Jahren 1978/79 hatte er den Bogen dann überspannt, landesweite Unruhen, angeführt von den Teheraner StudentInnen führten zum Sturz des Schahs im Januar 1979. Das so entstandene Machtvakuum füllte der aus dem irakischen Exil zurückgekehrte Ajatollah Chomeini aus, der am 1. April den islamischen Gottesstaat ausrief. Seitdem wird das Land von fundamentalistischen islamischen Geistlichen kontrolliert. Einzige demokratische Zugeständnisse sind ein Parlament und der Staatspräsident (seit 1997 Mohammed Chatami), die alle vier Jahre vom Volk gewählt werden. Deren Macht ist allerdings sehr begrenzt, die Mullahs haben bisher jede politische und kulturelle Öffnung des Landes erfolgreich verhindert.

Von Mohammed Chatami, der 1997 als Kandidat einer breiten reformwilligen Sammelbewegung ins Präsidentenamt gewählt wurde und als demokratischer Hoffnungsträger galt, sind viele seiner



studierendenprotest in freiburg



problematisch für die kommilitonen im iran:
die herren chatami und chamenei

Wähler enttäuscht. Der Iran könnte ein reiches Land sein: Seine Erdöl- und Erdgasvorkommen zählen zu den größten der Welt, doch Korruption und Misswirtschaft bremsen die wirtschaftliche Entwicklung erheblich. Hinzu kommt, dass der Iran, im Gegensatz zu den meisten westlichen Industriestaaten, über eine sehr junge Bevölkerung verfügt: Zwei Drittel der 70 Millionen Iraner sind unter 30 Jahren, und leiden wegen der aussichtslosen politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes unter Perspektivlosigkeit, die Hälfte von ihnen ist ohne feste Arbeit. Vor allem aber sind es die StudentInnen, 1979 noch eine Säule der Revolution, die vom Gottesstaat frustriert sind, und sich deshalb demonstrativ von ihm abwenden. Der international erfolgreiche iranische Regisseur Rassul Sadr-Ameli beschreibt in einem Artikel für den „Spiegel“ (Nr.26/2003) die Frustration der iranischen Jugend: Es ist nicht nur die Zensur von Zei-

greifende Einmischung in ihren Alltag empfunden werden. Eine junge Frau wird mit den Worten zitiert, sie habe „es satt, die Erwartungen anderer zu erfüllen“.

Es herrscht also wieder einmal Umbruchstimmung im Iran. Auch die USA haben das erkannt, und Präsident Bush hat den Iranern in ihrem Bemühen um demokratische Reformen die Solidarität und die Unterstützung seines Landes zugesagt. Iranische Oppositionelle, wie der Mitbegründer der StudentInnenbewegung Heschmatollah Tabarsadi begrüßen „jede Art von Druck auf das Regime“, Tabarsadi wünscht sich gar, dass „vor allem Deutschland da seine Rolle spielen sollte“ (Der Spiegel, Nr.26/2003). Wie auch immer die aktuellen Proteste weiter verlaufen werden – möglicherweise gelingt es den Demonstranten, den Mullahs demokratische Zugeständnisse abzurufen, vielleicht werden die Proteste auch wie schon 1999 gewaltsam niedergeschlagen – es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis auch das Experiment eines islamischen Gottesstaates gescheitert ist und der Iran mal wieder eine Revolution erlebt. Was darauf folgen wird ist ungewiss, ziemlich sicher ist aber, dass die Studenten wieder eine tragende Rolle dabei spielen werden.

Eigentlich könnte der Artikel an dieser Stelle enden, was er wahrscheinlich auch täte, wenn er nicht in der Freiburger Studentenzeitung u-asta-info, sondern in einem tagespolitischen Druckerzeugnis erscheinen würde. Für eine Studentenzeitung mit politischem Anspruch ist

tungen, Zeitschriften, Literatur und Filmen, die sie empört. Es sind vor allem die vielen Vorschriften, die vielen Verbote der „Scharia“, des im Iran gültigen islamischen Rechts, die von der aufstrebenden jungen Generation als tief

es aber durchaus legitim, noch ein paar eigene Gedanken zum Geschehen im Iran hinzuzufügen. Interessant wäre doch zum Beispiel, die Frage zu erörtern, ob und in welchem Maß man diese Vorkommnisse auf Deutschland beziehen kann. Oder vielleicht sogar auf die Uni Freiburg. Was also haben StudentInnenproteste in der islamischen Republik Iran mit Studentenprotesten in Deutschland oder an der Uni Freiburg zu tun?



ein blick ins magazin des asta

Oberflächlich betrachtet zunächst nicht sehr viel. Eines vielleicht: Im Juni 1967 begannen in Deutschland die Studierendenunruhen, die 1968 auf ihrem Höhepunkt angelangt waren. Anlass war der Besuch des oben schon erwähnten Schah Resas in Berlin. Am 2. Juni wurde der Student Benno Ohnesorg am Rande einer Demonstration von Studie-



in memoriam benno ohnesorg





rendengegen den Besuch des Schahs, der ein Jahrzehnt später von iranischen Studenten gestürzt wurde, von Polizisten erschossen, woraufhin der Konflikt zwischen den Studierenden und der Staatsmacht eskalierte. Natürlich ist das nur eine ziemlich zufällige Verbindung.

Bei genauerem Hinsehen fallen aber durchaus einige kleinere Parallelen auf. Die Studenten im Iran werden von einer Gruppe fundamentalistischer religiöser Spinner unterdrückt. Trifft das nicht in kleinerem Maß auch auf Baden-Württemberg zu? In einem ganz kleinen Maß vielleicht? Schließlich ist Pietismus ein sehr württembergisches Phänomen.

Man besuche die Schwäbische Alb oder das Stuttgarter Umland und überzeuge sich. Sichtbar wird er zum Beispiel in der durchaus nicht unüblichen Unterwürfigkeit, die dort gegenüber Autoritäten an den Tag gelegt wird. Und die Empörung mit der Frankenberg und Co. auf studentische Boykottandrohungen reagieren, die Art und Weise wie in der Stuttgarter Landesregierung mit Kritik umgegangen wird und eigenständiges Denken als Frechheit aufgefasst wird, die Selbstverständlichkeit mit der abweichende Meinungen unterdrückt werden und den Studierenden unter scheinheiligen Vorwänden der Mund verboten wird: Das alles erinnert schon ein bisschen an den religiös motivierten Eifer, mit dem die Mul-

lahs im Iran die Zensur jedes oppositionellen Mediums rechtfertigen.

Auch an der Uni Freiburg kann man, wenn man will, Parallelen zum iranischen Gottesstaat entdecken. Eine Diktatur zeichnet sich bekanntlich unter anderem dadurch aus, dass die politischen Machthaber nicht gewählt werden. Eigentlich müssen Rektoren an deutschen Universitäten von einem Gremium, in Baden-Württemberg vom Senat, gewählt werden. Dem Senat müssen von einem Auswahlausschuss mindestens 3 verschiedene Bewerber zur Wahl gestellt werden. In Freiburg wurde dem Senat im vergangenen Februar bei der Rektorwahl nur ein Kandidat zur „Wahl“ gestellt: Der bisherige Amtsinhaber Jäger. Das Ver-



fahren des Auswahlausschusses, zufälligerweise unter Vorsitz von Norbert Notthelfer, einem Mann von Jägers Gnaden, gleicht dem Verfahren, das im Iran der sogenannte „Wächterratt der islamischen Revolution“ anwendet: Er sucht sich ihm genehme Kandidaten aus, die dann „gewählt“ werden dürfen. Ergo: Wer den Mullahs nicht passt, kann auch nicht gewählt werden, das ist an der Uni Freiburg nicht anders als in Teheran. Der Unterschied zum Iran ist, dass dort dieses Verfahren qua Gesetzgebung legal ist, in Freiburg zog sich Jäger mit juristischen Tricks aus

der Affäre. Mangelndes Demokratieverständnis ist beiden zu attestieren.

Was können wir von unseren iranischen KommilitonInnen lernen? Dass man sich gegen autoritäre Systeme zur Wehr setzen sollte – mit angemessenen Mitteln. Im Iran tobt ein Kulturkampf zwischen reaktionären, religiösen Fundamentalisten und der reform- und demokratiewilligen Bevölkerungsmehrheit. In Freiburg sieht es ein bisschen anders aus. Hier tobt schlimmstenfalls ein Preiskampf zwischen verfeindeten Pizzerien (Firenze, Laubfrosch, Bella Italia). Angemessen wäre in Freiburg eher ein kleines bisschen Revolution. Alles in allem halten sich die Repressionen hier nämlich durchaus in Grenzen. Das merkt man zum Beispiel daran, dass Jäger im Senat bisher noch keinen Burkazwang durchsetzen konnte. Wahrscheinlich weil diese Ganzkörperkondome im Sommer einfach zu unhygienisch wären. Außerdem ist die Begründung für das Verbot der Verfassten Studierendenschaft, man müsse den „Terroristensumpf an den Hochschulen austrocknen“ durchaus nachvollziehbar, bedenkt man die Tonnen von TNT, die in den Gewölben des AStA in der Belfortstr. 24 lagern. Eine angemessenen Form des Protests wäre zum Beispiel die Teilnahme am Verwaltungsgebührenboykott. Es dürfte auch ein bisschen mehr sein: An öffentlichen Kundgebungen, Demos und Ähnlichem teilnehmen. Nicht angemessen wäre sicherlich, die in der Belfortstr. 24 lagernden TNT-Vorräte am Rektorat anzubringen. Ein kleines bisschen Revolution eben.

JONATHAN DINKEL

[Jonathan ist Pressereferent des u-asta und erst neulich zufällig über das Waffenmagazin im AStA-Keller gestolpert. So langsam beginnt er Filbingers Aussage zu verstehen und überlegt sich, ob diese traditionellen Mittel nicht vielleicht effektiver wären als rein politische Aktionsformen wie beispielsweise der Boykott.]

verwaltungsgebühren - ein widerspruch zum grundrecht auf bildung?

Seit neuestem verlangt das Land Baden-Württemberg von seinen Studenten Gebühren, um studieren zu können: So genannte Verwaltungsgebühren. Da das Land gleichzeitig die Einführung von 500 Euro pro Semester nachlaufenden Studiengebühren prüft, ist diese Summe von 40 Euro pro Semester wahrscheinlich erst der Auftakt zu höheren Geldansprüchen des Landes an seine Studenten. Durch solche finanziellen Forderungen wird den Zahlenden ihr Alltagsleben erschwert, sowohl was ihr Überleben, als auch was ihr Studium angeht. Gleichzeitig werden diejenigen, die die Gebühren nicht aufbringen können, von einem Universitätsstudium ausgeschlossen.

Viele Studierende wollen das nicht so einfach hinnehmen und kritisieren den Ausschluss von höherer Bildung durch finanzielle Mittel als ungerecht und verfassungswidrig, da es einem Recht auf Bildung zuwiderliefe. „Bildung ist keine Ware, sondern ein Grundrecht. Der Zugang zu Bildung muss allen offen stehen. Hierbei dürfen Faktoren wie die soziale Herkunft oder die finanzielle Lage keine Rolle spielen.“ (Resolution der VV der Freiburger Studierenden vom 30.01.2003).

Angesichts dieser Kritik einer finanziellen Zulassungsbeschränkung sollte man sich einmal überlegen, was das Recht auf Bildung, bisher geleistet hat, inwiefern es dem Wunsch, Wissen zu erwerben, überhaupt dient und inwiefern der Zugang zur Bildung bisher allen offen stand. Meine These ist, dass es in diesem Bildungswesen nämlich gar nicht darum geht, die Menschen umfassend mit Wissen auszustatten. Und alle erst recht nicht. Das lässt sich ganz einfach an den bildungspolitisch eingerichteten Voraussetzungen ablesen, die bisher für

einen Zugang zum Hochschulstudium erbracht werden mussten.

So darf man nur studieren, wenn man Abitur hat. Das Abitur ist ein Schulabschluss, der nicht dafür da ist, möglichst vielen Leuten möglichst viel Wissen zu vermitteln. Das gilt sowohl für sein Zustandekommen, als auch für seine Funktion als universitäre Zulassungsvoraussetzung.

Das Abitur steht am Ende einer Schullaufbahn, in der geschaut wird, wie viel Unterrichtsstoff der Schüler sich in einer gewissen Zeit merken und in einer begrenzten Zeit wiedergeben kann. Ziel dieser Angelegenheit ist nicht, die Fehler später zu korrigieren, sondern die Schüler zu sortieren nach denen, die es wissen, und denen, die es nicht wissen. Die dann erteilte Note abstrahiert von allem Inhalt des Unterrichts und leistet zweierlei: Zum einen wird mit ihr Wissensansammlung pro Zeit gemessen. Zum anderen werden die Schüler untereinander verglichen, um eine Hierarchie herzustellen.

Vom Standpunkt des Wissenserwerbs bringt einem das Resultat einer Klausur o.ä. also überhaupt nichts. 5/18 Punkte oder Note 2 sagt gar nichts über den Inhalt oder Mangel des Wissens aus und ein Leistungsnachweis ist auch kein Auftakt, den Stoff mit denen zu wiederholen, die ihn noch nicht begriffen haben. Auch der geleistete Vergleich „Karl hat sich mehr gemerkt als Peter“ hilft weder Karl noch Peter, ihre Kenntnisse zu verbessern, sondern dient allein der Sortierung.

Nach dieser Selektion werden eben nicht diejenigen für eine höhere Schule zugelassen, die weniger wissen. Im Gegenteil: Je schlechter ein Schüler abgeschnitten hat, desto eher ist sein Bil-

dungsweg zu Ende – er darf sich über den bereitgestellten Weg gar nicht mehr geistig bilden, ist also davon ausgeschlossen. Eine komplett absurde Vorstellung, wenn es dem Betreiber von weiterführenden Schulen wirklich auf die umfassende Ausstattung seiner Bürger mit Wissen ankäme.

Das Ziel des Bildungssystems ist also gar nicht Wissensaneignung für alle. Das Recht auf Bildung beinhaltet vielmehr wesentlich die Herstellung einer Hierarchie, in der ein Großteil der Bevölkerung von weiterführender Bildung ausgeschlossen wird – übrigens: Der permanente Ruf nach Chancengleichheit macht deutlich, aus welchen Schichten er sich bereits rekrutiert. Dies ist weder eine bedauerliche Nebenwirkung, noch etwas, was erst mit den neuen Studiengebühren eingerissen ist, sondern ein beabsichtigter Zweck von Bildung in dieser Gesellschaft. Dass sich Politiker angesichts dieses Zwecks des Bildungswesens vor einer verschärften finanziellen Selektion der Studenten durch Gebühren nicht schämen, darf also nicht verwundern. Und ein Widerspruch zum Bildungsauftrag ist es auch nicht.

Wenn dem so ist, sollte das Bildungswesen selbst der Gegenstand der Kritik sein und nicht nur der nun nochmals erschwerte Zugang zu ihr.

POITR CHARMS

Fußnote: Wer sich jetzt fragt, wozu das staatliche Bildungswesen denn dient: das steht auf der Website http://destruktiv.placerouge.org/texte/wissenschaft/ausbildung/hochschulreform_und_studentenstreik.htm

abzocke der studierenden

die hochschulpolitische sprecherin der grünen im landtag, theresia bauer, im interview:

u-asta-info: Gerade hat der baden-württembergische Wissenschaftsminister Frankenberg die Einführung sogenannter Verwaltungsgebühren beschlossen. Wie stehen Sie dazu?

Theresia Bauer: Bei den kürzlich im Landtag beschlossenen Verwaltungsgebühren handelt es sich schlicht und einfach um kaum verhohlene Studiengebühren, sie dienen nur zur Abzocke der Studierenden. Zwar müssen die Hochschulen das Geld von den Studierenden direkt eintreiben, doch die so genannten Verwaltungsgebühren bleiben nicht an der Uni, sie werden einzig und allein zum Stopfen der Löcher im Landeshaushalt benutzt.

Die Sache noch prekärer macht, dass viele dieser Löcher durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstanden, das die 1997 eingeführten, später aber ausgesetzten Rückmeldegebühren für verfassungswidrig erklärte. Wir waren schon damals gegen diese Gebühren, und dass der Minister diese Niederlage vor Gericht einkalkuliert hat, zeigt, dass er keinerlei Rücklagen hatte, diese Gebühren zurückzuzahlen.

u-asta-info: Und diesmal gibt es rechtlich keine Chance gegen die Verwaltungsgebühren zu Felde zu ziehen?

TB: Nein, anders als beim letzten Mal ist ganz klar geregelt für was die Verwaltungsgebühren berechnet werden und da es sich hierbei um Verwaltungs- und nicht um Studiengebühren handelt, verstoßen diese Gebühren auch nicht gegen die 6. Hochschulrahmengesetz-novelle, die ein gebührenfreies Erststudium sichert.

u-asta info: Und wie wird es weitergehen? Wir zahlen jetzt schon 53 Euro Sozialbeitrag an das Studentenwerk und dazu kommen jetzt noch die 40 Euro.

TB: Ich befürchte, dass das erst der Anfang war. Nicht umsonst waren anfangs

erst 75 Euro Verwaltungsgebühr geplant. Frankenberg hat noch nicht alle Verwaltungsleistungen in diese Gebühr integriert, so dass mit Einbeziehung dieser die Gebühr noch steigen kann. Außerdem hat zum Beispiel die Uni Heidelberg schon Auswahlgebühren bei Studiengängen mit universitätsinterner Auswahl eingeführt. Minister Frankenberg hat dem, obwohl er die Möglichkeit dazu hatte, keinen Riegel vorgeschoben. Ich halte es für wahrscheinlich, dass Euch auch in Freiburg solche Gebühren drohen.

Diese Gebühren wirken sich besonders auf sozial Schwache extrem aus. Nicht nur sind die Studierenden mit der Anreise schon genügend belastet, man muss sich nach dem neuen Gesetz der Landesregierung auch an mehreren Universitäten bewerben, um seine Chancen auf einen Studienplatz zu wahren.

u-asta-info: Müssen da die Universitäten im Land nicht um ihren guten Ruf fürchten?

TB: Ich befürchte, dass Baden-Württemberg als Hochschulstandort dadurch weiterhin an Attraktivität verlieren wird. Seit Jahren schon gehen mehr Studierende aus Baden-Württemberg weg, als Studierende aus anderen Bundesländern hinzukommen.

u-asta-info: Nun haben die Studierenden um gegen die Verwaltungsgebühr zu protestieren, eine Boykottaktion gestartet. Was halten Sie davon?

TB: Es ist absolut richtig gegen die Verwaltungsgebühren zu protestieren und ich unterstütze die Studierenden darin. Diese Verwaltungsgebühren sind politisch falsch und bringen den Studierenden keine Vorteile, – es fließt kein zusätzliches Geld für eine bessere Lehre. Ob der Boykott jedoch die bestmögliche Aktion ist, halte ich für fraglich.

u-asta-info: Minister Frankenberg hat angekündigt, dass er auch wenn landes-

weit 22.000 Studierende boykottieren, diese alle exmatrikulieren will. Wird er ernst machen?

TB: Frankenberg versucht nun Druck auf die Studierenden auszuüben. Das bleibt erst mal eine Drohung, Frankenberg will die Studierenden davon abbringen auf die Boykottkonten zu überweisen.

u-asta-info: Offenbar nimmt das Land die Studierenden nicht so richtig ernst. Nicht nur bei der Diskussion um Verwaltungs- und Studiengebühren ist die Meinung der Studierenden relativ egal, auch eine angemessene Mitbestimmung wird den Studierenden nicht gewährt.

TB: Das derzeitige System der studentischen Mitbestimmung kann nicht länger gültig sein. Aber es reicht meiner Meinung nach nicht aus, wenn nur eine Verfasste Studierendenschaft eingeführt wird, vielmehr sollten die Studierenden auch bei Rektorwahlen direktes Mitspracherecht bekommen. Ich setze mich für eine Direktwahl des Rektors (bei gewählter Drittelparität) mit mehreren Kandidaten ein, so dass sich die Rektoren auch gegenüber den Studierenden äußern müssen, was sie vorhaben.

u-asta-info: Nach Ihrem Modell käme es also nicht mehr zu so skurrilen Situationen wie der letzten Rektorwahl in Freiburg?

TB: So ist es!

u-asta-info: Frau Bauer, vielen Dank für dieses Interview.

DAS INTEVIEW FÜHRTE
JOHANNES WALDSCHÜTZ

[Johannes studiert Geschichte und Politik. Er ist nicht Mitglied nur des Pressereferates sondern auch der Freiburger Grünen, für die er zur Landesdeligiertenkonferenz nach Ehingen gefahren ist, wo er die Chance ergriffen hat, Theresia Bauer zu interviewen.]

die tragödie

und nichts

von allem

Es war einmal ein Mann, der besaß nichts, und ein anderer, der besaß alles. Letzterer hatte wohl einfach nur irgendwie mehr Glück gehabt. Er verfügte sogar über einen Staat, der das Recht auf Eigentum zu seinem Grundsatz gemacht hatte und es ihm so ermöglichte, alles zu besitzen und den anderen Mann weiter von allem auszuschließen, wenn er wollte.

Doch der Mann, der alles besaß, hatte es auch nicht einfach im Leben. Er besaß alle Dinge, die existieren, und allen Raum, der existierte, und alle existierenden Dinge lagen, standen oder schwebten im existierenden Raum herum, ohne irgendeine Ordnung, so dass man jede Sache immer nur dann fand, wenn man gerade eine ganz andere suchte.

Nein, so konnte es nicht weitergehen!

Da nahm sich der Mann, der alles besaß, ein Herz und gab dem Mann, der nichts besaß, etwas zu essen, immer gerade so viel, dass er ihm nicht wegstarb. Als Gegenleistung dafür sollte der Mann, der nichts besaß, all die existierenden Dinge sortieren und ordnen und so den existierenden Raum aufräumen, denn die eigenen Hände wollte sich der Mann, der alles besaß, ja nun auch nicht schmutzig machen mit solch einer Arbeit.

Aber sprechen wir, angesichts dieser einschneidenden Umverteilung, nicht mehr so plump von dem „Mann, der alles besaß“ und dem „Mann, der nichts besaß“ - eine Terminologie, die heutzutage längst nicht mehr zeitgemäß ist!

Sagen wir lieber: „der Mann, der fast alles besaß“ und „der Mann, der fast nichts besaß“, damit der Mann, der fast nichts besaß, hier nicht so abwertend beschrieben wird.

Na ja, wie auch immer, jedenfalls verbrachte der Mann, der fast nichts besaß, von nun an seine Tage damit, all die existierenden Dinge zu sortieren und zu ordnen, die dem Mann gehörten, der fast alles besaß, und sie an den ihnen von der Natur zugedachten Platz im gesamten existierenden Raum zu stellen, der dem Mann gehörte, der fast alles besaß.

Ab und zu bekam er ein Stück Brot gereicht, damit er nicht verhungerte, und alle waren glücklich und zufrieden, und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute, und der Mann, der fast alles besaß, besitzt immer noch fast alles, und der Mann, der fast nichts besaß, besitzt immer noch fast nichts, abgesehen von gelegentlichen Brotstücken, kurz vor dem Verzehr.

Das ist eigentlich alles.

MARTIN SCHWIETZKE

warum das land nicht einfach 22.000 studis exmatrikuliert

juristische perspektive:

Aus rechtlicher Sicht ist der Fall klar: wer nach Mahnung und Androhung der Exmatrikulation und dem Verstreichen einer letzten Frist die Gebühr nicht bezahlt, wird „mit sofortiger Wirkung“ (was realistisch so viel heißt wie Mitte September) exmatrikuliert. Punkt.

Ausnahmefälle sind nur in Einzelfällen, auf Antrag, und nur wegen „unbilliger Härten“ erlaubt. Dies gilt aber nur für Studis mit Behinderung, chronischen Krankheiten, Opfer von Straftaten oder wenn der/die Studierende kurz vor der Abschlussprüfung in einer wirtschaftlichen Notlage sich befindet. Die trifft aber nur für sehr wenige Leute zu.

Juristisch ist die Sache also ziemlich eindeutig, aber natürlich lassen wir das Gesetz im Moment durch einen Tübinger Anwalt prüfen und werden gegebenenfalls Klagen anstrengen.

Aber nur um das festzuhalten: Das Nichtbezahlen der Verwaltungsgebühr zieht zwar juristisch die Exmatrikulation nach sich, ist aber in keiner Weise „illegal“. Es gibt ja schließlich keinen Zwang, studieren zu müssen.

politische perspektive:

Auch wenn die Landesregierung also wohl im „Recht“ ist, wenn sie uns rauschmeißt, ist der entscheidende Punkt, ob sie sich das politisch leisten will und kann.

Warum wir der Meinung sind, dass das Land davor zurückschrecken wird, diesen Schritt zu gehen, sieht man, wenn man sich mögliche Konsequenzen einer Massenexmatrikulation vor Augen führt.

beispiel freiburg:

Nehmen wir an, das Quorum von 6.000 Studis an der Uni ist noch Anfang/Mitte September (vorher gibt es nach Aussage der Verwaltung keine Exmatrikula-

tionsbescheide) erfüllt.

6.000 Studis weniger, bedeuten 6.000 Beitragszahler weniger für das Studentenwerk. Macht etwa 220.000 Euro, mit denen das Studiwerk sicher fest rechnet. Dieses Geld würde fehlen, da sie ja nicht von Heute auf Morgen ihre Ausgaben (insbesondere Personal/Infrastruktur/Mensabetrieb/...) im selben Verhältnis herunterfahren können.

6.000 Studis weniger, sind potentiell auch einige EinwohnerInnen Freiburgs weniger, wenn man davon ausgeht, dass viele zumindest übergangsweise zurück zu ihren Eltern oder sonst wo hin ziehen. Die Stadt bekommt aber vom Land Zuschüsse pro EinwohnerIn (und zwar nicht gerade wenig), so dass die Stadt auch ein Interesse hat, dass wir hier bleiben. Weniger Studis sind auch weniger KundInnen für den Freiburger Einzelhandel, von der Gastronomie mal ganz zu schweigen.

6.000 Studis rauszuschmeißen ist auch für die Uni recht unangenehm. Insbesondere natürlich für Rektor Jäger, der dann zum großen Buh-Mann wird, auch wenn er nur Anweisungen von oben befolgt.

6.000 Studis die exmatrikuliert werden, werden sich spätestens zum folgenden Semester wieder Immatrikulieren. Was die ohnehin schon überlastete Verwaltung von 11.000 statt 5.000 Neuimmatrikulationen zum nächsten Semester halten würde, ist wohl auch recht leicht auszumalen.

beispiel land:

Das selbe gilt in den anderen Hochschulstädten, in denen der Boykott praktiziert wird. Auch hier werden alle möglichen Institutionen versuchen, sich gegen die Verwaltungsgebühr zu stellen.

Durch die Bindung an das landesweite Quorum von 22.000 Studis in BaWü, die beim Boykott mitmachen ist außerdem

gewährleistet, dass wir nicht am Schluss alleine dastehen. Entweder es werden insgesamt mindestens 22.000 Studis exmatrikuliert, oder niemand. Denn wenn an einer Hochschule die Zahl unter das örtliche Quorum fällt, und der Boykott dort aufgegeben wird, zählen diese Studis natürlich nicht mehr zum landesweiten Quorum dazu. Es kann dadurch zu einem Dominoeffekt kommen. Dann kann die Sache zwar sehr schnell vorbei sein, aber es ist zumindest sicher gestellt, dass – sollte das Land es tatsächlich wagen – mindesten 10% aller Studis in BaWü gleichzeitig rausgeschmissen werden müssten.

Der ganze öffentliche Druck gegen eine Massenexmatrikulation, der sich auf lokaler Ebene aufbaut, wird an die Landesregierung, insbesondere das Wissenschaftsministerium weitergegeben werden. Ziehen sie den Vollzug des Gesetzes also tatsächlich durch, machen sie sich mehr Feinde als „nur“ die 22.000 Studis.

Aber nehmen wir nur mal die konkret Betroffenen. Wird man tatsächlich rausgeschmissen, verliert man zwar den Wohnheimplatz, den Anspruch auf das SemesterTicket, muss evtl. die Krankenkasse wechseln und so weiter. Aber eines hat man, wenn man 6 Monate nicht studieren darf: Zeit! Viel Zeit!

Darauf wird es die Regierung nicht ankommen lassen wollen. Insbesondere, weil junge Leute, die man gerade aus ihrer Uni geschmissen hat, in den Augen vieler Politiker sowieso alle zu Terroristen werden.

Übrigens: Schon eine kleine Ankündigung, egal wie die Sache ausgeht: Sofern er bis dahin noch im Amt ist, kommt Minister Frankenberg am 16. Oktober zur Eröffnung des Akademischen Jahres nach Freiburg an die Uni. Lasst uns ihm einen angenehmen Tag bereiten ...

anthropologie auf der straße

Oktober 2001: Florian K. ist guter Dinge. Er hat sich gerade an der Uni Freiburg eingeschrieben. Historische Anthropologie, ein neuer Studiengang, einmalig in Deutschland. Florian hat sich gründlich informiert, kennt die Studienordnung und weiß, dass er zum Ende des vierten Semesters die Zwischenprüfung abzulegen hat. Er weiß auch, dass er dafür bestimmte Pflichtveranstaltungen besuchen muss.

Juni 2003: Florian K. ist im vierten Semester, verzweifelt und wütend. Er hat zum zweiten Mal keinen Platz im Pflichtpraktikum bekommen. Den Schein für dieses Praktikum braucht er aber, um sich für die Zwischenprüfung anmelden zu können.

Florian ist einer von ca. 60 Studierenden in den Fächern Historische und Biologische Anthropologie, die auf einen Platz in einer Pflichtveranstaltung des Grundstudiums warten müssen. Und ob sie im nächsten Semester einen Platz bekommen werden, ist auch nicht sicher.

Jedes Wintersemester kommen etwa 80 Studienanfänger hinzu, während höhere Semester noch auf ihren Platz im Praktikum warten. Dieses Missverhältnis

zwischen der Anzahl der zugelassenen Studierenden und den Plätzen in den Pflichtveranstaltungen ist eine untragbare Situation; denn so ist es für viele Studierende nicht möglich, ihre Zwischenprüfung nach der Studienordnung abzulegen.

Die Studierenden, die Fachschaft und auch unsere Professoren haben bei den verantwortlichen Fakultäten (Medizinische und Philosophische) und im Rektorat schon mehrfach auf diese Misere aufmerksam gemacht - bisher allerdings ergebnislos.

Deshalb fordern wir, dass zusätzliche Lehraufträge erteilt werden, um die Warteschlange abzubauen und ein Grundstudium nach Vorschrift überhaupt zu ermöglichen.

Wenn es in den Veranstaltungen der Uni keinen Platz für uns gibt, dann stehen wir auf der Straße. **Jawohl! Wir, die Betroffenen, und du, der/die mitfühlende Mitstudierende, am 8. Juli 2003, um 14 Uhr vor dem Rektoratsgebäude (Fahnenbergplatz).**

U-FACHSCHAFT ANTHROPOLOGIE
BELFORTSTR. 24, RAUM 02 005
79098 FREIBURG
E-MAIL: FS-ANTHRO.FREIBURG@GMX.NET



am 18.12. in der mongolei, am 8.7. vor dem panzerkreuzer

bawü ist doof (7): verträge sind zum brechen da

Was hat doch Peter Frankenberg, unser über alles geliebter Wissenschaftsminister, neulich wieder von sich gelassen? Nicht nur, dass alle Studierenden, die den Verwaltungs-kostenbeitrag boykottieren sofort zu exmatrikulieren seien und dies auch geschehe, nein, er hat außerdem auch noch gemeint, dass man den Hochschuletat, wenn man nicht diese Gebühren einzieht, um 16 Millionen Euro kürzen müsste.

Eigentlich ist diese Aussage an sich ja gar nicht so kompliziert. Auf der anderen Seite aber merkt man einfach mal wieder, dass Nachdenken nicht unbedingt zu den Tugenden der baden-württembergischen Landesregierung gehört. Denn hätte diese Landesregierung ein bisschen nachgedacht, dann wäre vielleicht irgendjemandem das Wort „Solidarpakt“ eingefallen. Denn dieser Solidarpakt, der 1997 zwischen den Universitäten und dem Land geschlossen wurde, ist ein Vertrag, der den Universitäten auf 10 Jahre finanzielle Planungssicherheit gewähren sollte. Im Gegenzug haben sich die Hochschulen des Landes bereit erklärt, Einsparungen einzunehmen, beispielsweise was Personal betrifft.

Die Universitäten ihrerseits haben ihre Verpflichtungen erfüllt. Das Land, in Gestalt von Peter Frankenberg, auf der anderen Seite hat nun angekündigt, einfach den Solidarpakt aufkündigen zu wollen. Einseitiger Vertragsbruch? Ach wie schön, wenn Solidarität vertraglich festgehalten ist.

Damit lassen wir die aber nicht davon kommen.

MICHAEL EGGERT

[Michael ist Prassereferent des u-asta und studiert Soziologie und Politik. Bisher dachte er immer, Solidarität beruhe auf Gegenseitigkeit und Verträge würden geschlossen, um eingehalten zu werden. Naja, jeder kann sich mal irren.]

impresum

u-asta-info # 702, 29. jg,
03.07.2003

12 seiten, auflage: 1.200 stück
druck: druckwerkstatt im grün

redaktion und layout: jonathan dinkel, michael eggert, angela geck, bastian herbst, jan sailer, johannes waldschütz, till westermayer, harry wohlfeil

post an die redaktion: u-asta-info,
c/o asta, belfortstr. 24, 79085
freiburg; fon (0761) 203-2032,
2033, 2055; fax (0761) 203- 2034;
presse@u-asta.de,
www.u-asta.de/referate/
resse.html

redaktionssitzung: jeden
donnerstag, 13.30 h, asta.
layout: sonntag vor erscheinen
des heftes, 15.00 h, asta.

v.i.s.d.p.: jonathan dinkel, c/o
asta, belfortstr. 24, 79085
freiburg, (presse@u-asta.de)

v.i.s.d.p. für 'we are u': harald
wohlfeil, c/o asta, belfortstr. 24,
79085 freiburg (vorstand@u-
asta.de)

das u-asta-info ist das offizielle
organ des unabhängigen
allgemeinen studierenden-
ausschusses (u-asta) der uni
freiburg. namentlich gekenn-
zeichnete beiträge geben nicht
unbedingt die meinung der
redaktion / des u-asta wieder. für
unaufgeforderte artikel etc. wird
keine gewähr übernommen. die
redaktion behält sich vor,
manuskripte später oder gekürzt
zu veröffentlichen.

das u-asta-info erscheint im
semester 14-tägig donnerstags,
mit extra-ausgaben zu
semesterbeginn und zu den
uniwahlen. das pressestatut
kann unter [www.u-asta.de/
referate/presse/
pressestatut.html](http://www.u-asta.de/referate/presse/pressestatut.html) eingesehen
werden.



auf der suche nach dem grünen punkt

das umweltreferat geht auf exkursion

Das Duale System Deutschland beschreibt Recycling in seiner Philosophie als das "Denken und Handeln in Kreisläufen – Entwicklung, Produktion, Verbrauch und Entsorgung müssen ein neues System bilden, das Produkten ein weiteres "Leben" ermöglicht." Unschön bloß, daß in den Anfangsjahren dieses Systems sich das "neue Leben" auf den Mülldeponien in Asien und Afrika abspielte. Wir werden uns auf die Spuren des Grünen Punktes begeben – die uns nicht nach Bangladesch oder Marokko führen – sondern zur Sortieranlage nach Breisach. Dort können wir dann viel über Abfallverwertung und das große Geschäft mit dem Müll erfahren. Die Exkursion findet am Freitag, den 18. Juli, statt. In der Breisacher Sortieranlage sollen wir uns um 14:30 Uhr eingefunden haben, und die Begehung der Anlage und die anschließende Diskussion werden je nach Bedarf ein bis zwei Stunden in Anspruch nehmen. Bis auf die (gemeinsame) An- und Abfahrt (mit Zug und Fahrrad) fallen natürlich keine Kosten für Euch an. Wer Interesse hat, an der Exkursion teilzunehmen, oder mehr Informationen möchte, melde sich bitte unter umwelt@u-asta.de.

MARK WEINRICH



warum geschlechtsneutral?

Der u-asta tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. AutorInnen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

service/termine

Vorstand/Sekretariat/Referate/AKs sind c/o AStA, Studierendenhaus Belfortstr. 24, 79085 (Briefpost) bzw. 79098 (Paketpost) Freiburg zu erreichen.

Weitere Informationen (z.B.: aktuelle Termine) gibt's unter www.u-asta.de

sekretariat

Studierendenhaus Belfortstr. 24, EG, Raum 00 007, Tel.:203-2032, Fax: 203-2034

Wochentäglich 11.00-14.00h; Ingo Hohn und Caro Grimm; info@u-asta.de

u-asta-service www.u-asta.de/service/

Studierendenhaus Belfortstr. 24, EG, Raum 00 007

Wochentäglich 11.00-14.00h; service@u-asta.de

beratungen www.u-asta.de

Studierendenhaus Belfortstr. 24, 1. OG, Raum 01 011

(Langzeit-)Studiengebühren-Beratung: soziales@u-asta.de

Fr 11.15-12.45h

BAföG/Wohngeld-Beratung: bafog@u-asta.de

Mi 14.00-16.00h

AStA-Rechtsberatung:

Fr 14.00-16.00h; in der jeweiligen Woche anmelden!

konferenzen (öffentlich) www.u-asta.de/protokolle/

Studierendenhaus Belfortstr. 24, EG, Raum 00 010

u-asta-Konferenz (konf): vorstand@u-asta.de

Montags ab 12.15h. Hieran nehmen Vorstand und ReferentInnen teil.

Fachschafskonferenz (FSK): fsk@u-asta.de

Dienstags ab 18.15h. Höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den Vollversammlungen. Hier entscheiden die Fachschaften über die Arbeit des u-asta.

vorstand www.u-asta.de/vorstand/

Studierendenhaus Belfortstr. 24, 1. OG, Raum 01 010, Tel.: 203-2033, Fax: 203-2034

Vorstand: Angela Geck, Rüdiger Lorenz und Harald Wohlfeil; vorstand@u-asta.de

referate www.u-asta.de/referate/

Studierendenhaus Belfortstr. 24, 1. OG, Raum 01 009, Tel.: 203-2035, Fax: 203-2034

AusländerInnen-Referat: ausland@u-asta.de

Antifa-Referat: antifa@u-asta.de

Finanz-Referat: Mathias Münscher; finanzen@u-asta.de

Frauen-Referat: Sandra Sigel; frauen@u-asta.de

FSK-Referat: Martin Lyssenko; fsk@u-asta.de

HochschulPolitik-Referat: Christian Schneijderberg; hopo@u-asta.de

Internationales Referat: internat@u-asta.de

Kultur-Referat: Barbara Engelhardt; kultur@u-asta.de

Presse-Referat (u-asta-info): Jonathan Dinkel/Michael Eggert; presse@u-asta.de

Schwule/Lesben/Bisexuellen (schwulesbi)-Referat: Guido Melzler; schwulesbi@u-asta.de

Sozial-Referat: Gunnar Baar; soziales@u-asta.de

Studieren ohne Hürden (SOH)-Referat: Claudius Heitz; soh@u-asta.de

Umwelt-Referat: Marc Weinrich/Gernot Kist; umwelt@u-asta.de

arbeitskreise (AKs) www.u-asta.de/aks/

Studierendenhaus Belfortstr. 24, 1.OG, Raum 01 009, Tel.: 203-2035, Fax: 203-2034

Näheres zu den Referaten und AKs gibt's auf der Homepage.